

Drogenkonsumräume für eine verbesserte Drogenhilfe in Leipzig

Die Vollversammlung der Jusos Leipzig hat beschlossen und an den Stadtparteitag der SPD Leipzig weiterleiten:

Eine moderne Drogenpolitik und konzeptionelle Ausgestaltung der Suchthilfe bedeutet eine nachhaltig verzahnte Sozial-, Gesundheits- und Ordnungspolitik für die Stadt Leipzig. Bereits 2016 hat sich die Stadtratsfraktion für die Schaffung von Drogenkonsumräumen ausgesprochen¹, dessen Vorstoß es durch die Partei zu unterstützen und voranzubringen gilt.

Daher fordern wir:

- die Ergänzung des Kommunalwahlprogramms um die Schaffung von Drogenkonsumräumen und einer akzeptierenden Drogenhilfe, sobald die gesetzlichen Rahmenbedingungen von Seiten der Landesregierung geschaffen wurden.
- Weiterleitung an die SPD Stadtratsfraktion, für das Einbinden von Drogenkonsumräumen in die neue Ausgestaltung des Konzepts der Sucht- und Drogenpolitik der Stadt Leipzig.
- Weiterleiten der Forderung an den Landesparteitag zur Schaffung einer Rechtsverordnung nach § 10a des Betäubungsmittelgesetzes, in der Drogenkonsumräume erlaubt und eingeführt werden dürfen.

Die aufgezählten Forderungen sollen außerdem Eingang in das Jugendwahlprogramm der Jusos Leipzig finden.

Begründung:

Die Einführung von Drogenkonsumräumen erweitert den Zugang zu hilfebedürftigen Drogenkonsument*innen und kann somit das bestehende Hilfesystem sinnvoll ergänzen. Sie setzt dabei auf einen pragmatischen und integrativen Ansatz in der Drogenhilfe und bietet positive Synergien mit angrenzenden politischen Handlungsfeldern.

Die statistische Konsumdauer von Crystal², bis zum Aufsuchen professioneller Hilfe in den Suchtberatungsstellen, liegt bei über 60% der Klient*innen zwischen 5 und über 10 Jahren. Die Klient*innen verbinden demnach über einen langen Zeitraum die Abhängigkeit der Substanz und deren Sozialen-, Arbeits- und Privatleben. Eine abstinenzorientierte oder prohibitive Therapie nimmt wenig Rücksicht auf biographische und soziale Merkmale der Klient*innen, noch auf deren Lebenssituation. Die Stigmatisierung und damit ein sozialer Abstieg kann durch den Einstieg der akzeptierenden Drogenhilfe minimiert werden.

Aus Gesundheitspolitischer Sicht ist die Ausrichtung auf schadensbegrenzende Angebote wie Überlebenshilfen, Unterstützung beim Erlernen risikomindernder Konsumformen und durch die Vermittlung ergänzender Hilfen, z.B. Substitutionsbehandlung, Entzugsbehandlung und Therapie ein Zugewinn. Bereits im letzten Bericht zur Suchtkrankenhilfe in Sachsen 2017 wurde deutlich, dass bereits jetzt 20% der Vermittlung in eine Suchtberatungsstelle durch Suchthilfeeinrichtungen, soziale Einrichtungen und Krankenhäuser erfolgt. Dies könnte somit gesteigert werden. Zudem wird bereits jetzt eine Praxis gestärkt, indem die Quartiers- und Straßensozialarbeit neben Essen und Möglichkeiten zum Duschen, auch sauberes und desinfiziertes Equipment an Konsument*innen bereithält, um Gesundheitsrisiken wie die Übertragung von Krankheiten zu minimieren.

Während landesweit gegen die illegale Einfuhr und Schmuggel von Drogen vorgegangen wird, stehen die Ballungszentren in Sachsen vor einer weiteren ordnungspolitischen Trendwende. Mit dem lang anhaltenden Druck auf dem Wohnungs- und Immobilienmarkt werden in den nächsten Jahren auch die letzten Stadtteile und Quartiere dem Sanierungs- und Marktdruck nachgeben müssen und die letzten Rückzugsräume für abhängige Konsument*innen schwinden. Die Landesregierung muss daher den Kommunen die Möglichkeit geben, den von Sucht betroffenen Menschen neue Rückzugsorte zur Verfügung zu stellen und damit das bisherige Drogenhilfesystem sinnvoll zu ergänzen. Eine Verdrängung bei zunehmenden konsumbezogenen Verhaltensweisen im öffentlichen Raum, sei es durch Polizei oder Ordnungsdienste, hilft nicht einen einzigen Menschen bei der Bekämpfung seiner Sucht. Gleichzeitig können vorbeugend eine Entlastung auf Seiten der Ordnungskräfte geschaffen werden. Da es sich bei der Bekämpfung der Kriminalität nach Betäubungsmittelgesetz vor allem ein Kontrolldelikt handelt, sollten zusätzliche Kräfte der Polizei sich nicht auf Repressionen gegen die Konsument*innen, sondern sich auf den Rauschgifthandel konzentrieren.

¹ <http://www.lvz.de/Leipzig/Lokales/Leipziger-Eisenbahnstrasse-Ratsfraktionen-sind-offen-fuer-Drogenraum>

² Bericht zur Suchtkrankenhilfe in Sachsen 2017, S. 18

EINSTIMMIG ANGENOMMEN